

Moskau

Wendungen und Hoffnungen



Dr. Gregor Berghorn leitet die Außenstelle Moskau seit September 2009. Die Außenstelle besteht seit 1992 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Jahr 2014 erscheint für Russland als eines der bewegtesten der Nachkriegszeit. Im Ost-West-Verhältnis markiert es eine strategische Wende. Russlands Beziehungen zum Westen sind fast wieder so eisig wie zur Zeit des Kalten Krieges, mehr noch: Längst für überwunden gehaltene Strömungen sind wieder aufgetaucht und bestimmen Politik und Wirtschaft. Nur die Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsbeziehungen, gerade zu Deutschland, haben bisher nichts von ihrer Vitalität eingebüßt und lassen auf Fortsetzung der guten Zusammenarbeit hoffen.

Russland besinnt sich auf seine Geschichte

Innerhalb der jetzigen Amtszeit von Präsident Putin wurde der Grundton des politischen Diskurses immer nationaler. Russland besinnt sich auf seine Geschichte, seine – vermeintliche – nationale Bestimmung, zurück und belebt die im 19. Jahrhundert entstandene Bewegung des Slawophilitums wieder, die Russland in Osteuropa und im eurasischen Bereich eine Führungsrolle zudenkt. Der Isborsk-Klub mit Alexander Dugin, einem ehemaligen Philosophieprofessor der Moskauer Lomonossow-Universität als Vordenker, ist eine Gruppe rechtsorientierter Intellektueller, die unverblümt einen hegemonialen Anspruch Russlands fordert. Personen wie der frühere Schriftsteller und jetzige Chefredakteur von Sawtra, Alexander Prochanow, oder Sergej Glasew, Putins Berater bei „Fragen der eurasischen Integration“,

vertreten die Idee, Russland solle die Völker Eurasiens zu einem neuen, antiwestlichen und antiliberal ausgerichteten Imperium vereinen. Dieser eurasisch geprägten Auffassung folgend, sieht Putin Russland in der Verpflichtung, auch jene Russen zu schützen, die außerhalb Russlands leben.

Damit hebt er die Differenzierung zwischen „Nation“ und „Staatsbürgerschaft“ auf. Das macht die Nervosität der Präsidenten von Belarus und Kasachstan um ihre territoriale Integrität begreiflich, leben doch auf ihren Staatsgebieten größere russische Minderheiten. In besonderer Weise gilt das für die Gebiete der Ukraine östlich des Dnjep, die bereits mit dem Begriff „Neu-Russland“ bezeichnet werden und deren Bewohner überwiegend russischsprachig sind. Unter Bezugnahme auf die sogenannte Korsuner Legende (Annahme des Christentums durch Großfürst Wladimir 988 für die Kiewer Rus in der auf der Krim gelegenen Stadt Chersones – alt: Korsun) versuchte Putin in seiner Regierungserklärung vom 4. Dezember 2014 die Krim-Annexion zu legitimieren. Die Krim sei für Russland wie der Tempelberg in Jerusalem für Juden und Muslime ein Ort der nationalen Identifikation.

Die Ende 2013 auf dem Kiewer Maidan begonnene Protestbewegung war bis zum Februar 2014 eskaliert, alle Versuche, die Lage diplomatisch beizulegen, waren gescheitert. Während in Sotschi die bisher teuersten Olympischen Winterspiele (Kosten: ca. 54 Mrd. Euro)



stattfanden, an deren Eröffnung der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch noch teilnahm, änderte sich das politische Gefüge in der Ukraine und in Europa. Die von russischer Seite als Putsch interpretierte Flucht von Präsident Janukowitsch, die als illegitim erachtete Präsidentenwahl sowie die Weigerung der autonomen Teilrepublik Krim, an der Wahl teilzunehmen, leitete den Loslösungsprozess der Krim von der Ukraine und ihren Anschluss an Russland ein. Dabei wurden die pro-russischen Gruppierungen durch verdeckt agierende, bewaffnete Aktivisten aus Russland unterstützt. >

Strategische Wende im Ost-West-Verhältnis

850.000 Flüchtlinge in Russland

China und Türkei sind neue Partner im russischen Gasgeschäft

Deutsch-russische Hochschulbeziehungen florieren

Bildungsministerium fördert Internationalisierung



Der Bauboom in Moskau ebbt ab: Die Sanktionen gegen Russland treffen die russische Wirtschaft empfindlich.

Das am 11. März durchgeführte Referendum für den Anschluss der Krim an Russland wurde bereits am 13. März von der russischen Duma gebilligt und die Krim per Vertrag als 84. Föderationssubjekt mit Simferopol als Hauptstadt aufgenommen. Das 85. ist Sewastopol.

In den russischen Medien sieht sich Russland in einem Stellvertreterkrieg mit der EU und der NATO um den Erhalt von Einflussphären. Man sei einer NATO-Intervention zuvorgekommen. Die russische Bevölkerung begrüßte die Annexion der Krim begeistert und die Popularität von Präsident Putin hat sich in der Russischen Föderation erheblich gesteigert. Selbst die Masendemonstration in Moskau im März gegen die Krim-Annexion oder die warnende Stimme

des Ex-Außenministers Jewgenij Primakow, die Rückwirkungen der Annexion auf die in Russland lebenden ethnischen Minderheiten – Kaukasier, Tataren, Jakuten – seien nicht zu unterschätzen, haben keinen Meinungsumschwung bewirken können.

Parallel zum Annexionsprozess der Krim kam es im ukrainischen Donbass – Donezk, Lugansk – und kurzfristig auch in anderen Städten zu blutigen Unruhen und Unabhängigkeitsforderungen. Bis Ende des Jahres ist die Lage im Donbass militärisch eskaliert und hat sich trotz intensiver diplomatischer Bemühungen nicht entspannt. Die bis heute nicht eindeutig geklärten Verantwortlichkeiten für den Abschuss der malaysischen Verkehrsmaschine Flug MH 17 am 18. Juli 2014 stellen eine weitere Belastung für Friedensgespräche dar.

Innen- und außenpolitische Auswirkungen der Krimannexion

In den Konflikten um Krim und Donbass hat Russland deutlich gemacht, dass es nicht länger zu einem Dialog über Partnerschaft mit dem Westen bereit ist, vor allem nicht mit der EU, wenn vermeintliche Interessensgebiete und Einflusszonen tangiert werden. Eine Abwanderung der Ukraine in Richtung EU und NATO – beide Organisationen haben bisher eine Mitgliedschaft der Ukraine abgelehnt – und die demokratische Neuordnung eines kulturell und historisch so nahestehenden Staates, wie die Ukraine es ist, bewertet die Regierung der Russischen Föderation als eine unmittelbare Gefahr für das Land. Ein „failed state“ dagegen, mit unklaren Grenzregionen, ist inakzeptabel für einen NATO-Beitritt und damit für die russische Regierung als Pufferzone zum Westen willkommen. Russland hat den seit Ende des Zweiten Weltkrieges beachteten Konsens, Staatsgrenzen zu akzeptieren, durchbrochen und so Misstrauen und Furcht vor weitergehenden kriegerischen Aktionen in Osteuropa, aber

auch in seiner weiteren Region hervorgerufen.

So ist die Reaktion der Teilnehmerstaaten auf die ab Januar 2015 in Kraft getretene „Eurasische Wirtschaftsunion“ – der Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan, aber nicht die Ukraine angehören – eher verhalten. Sie fürchten um ihre bilateralen Kontakte zur EU und den USA. Ebenfalls ab Januar 2015 wird auch die ehemalige Teilrepublik Georgiens, Abchasien, in die Russische Föderation integriert, die sich Anfang der 1990er Jahre von Georgien getrennt hatte.

Die innenpolitischen Folgen der Krimannexion sind erheblich. Die Krim muss wirtschaftlich, administrativ und vor allem finanziell in die Russische Föderation (Kosten ca. 1 Mrd. Euro pro Jahr) integriert werden. Die Versorgung mit Energie, Wasser, Industrie- und Agrarprodukten, aber auch mit Infrastruktur (Transport, Geldverkehr, Löhne und Renten, Gesundheit) erweist sich als aufwendig. Bis zur Fertigstellung einer Brücke zwischen Anapa und Kertsch, die je nach Streckenführung zwischen 2,7 und 5,4 Mrd. Euro (3 und 6 Mrd. US-Dollar) kostet, erfolgt die Versorgung im Wesentlichen über den Seeweg, eine Landverbindung besteht nicht. Der Krim droht eine Dauersubventionierung, vergleichbar mit dem Gebiet Kaliningrad. Nur ist die Krim geografisch isolierter und hat kein Hinterland, wenn sie eine Sonderwirtschaftszone werden sollte. Bereits jetzt sind russische Städte und Regionen zur Übernahme von „Patenschaften“ für einzelne Krimdistrikte verpflichtet worden. So betreut Moskau zum Beispiel die Stadt Sewastopol, Kasan das Gebiet Bachtschysaraj wegen der dort lebenden Krimtataren. Diese hatten sich als einzige Gruppe gegen einen Anschluss an Russland ausgesprochen.

Infolge der Kriegshandlungen im Donbass sind bis Jahresende 2014 rund 850.000 Menschen nach Russland geflüchtet, die landesweit

verteilt wurden, insbesondere in Regionen mit Bedarf an Arbeitskräften, etwa im Fernen Osten. Im Unterschied zur Krimannexion stößt die Donbass-Krise und Russlands Befassung damit in der Bevölkerung auf weniger Begeisterung, da die persönliche Betroffenheit wegen der zahlreichen russisch-ukrainischen Familienbeziehungen größer ist.

Krim- und Donbass-Krise zogen aber noch weitere innenpolitische Folgen nach sich. Unüberhörbar sind die Appelle an den Patriotismus, so zuletzt auch in der Regierungserklärung Putins, geschichtliches Bewusstsein sei zu stärken. Neue Geschichtsbücher sind in Auftrag gegeben worden, die Bedeutung der Krim für Russland soll wissenschaftlich aufgearbeitet werden, und der „Rat für die russische Sprache“ beim Präsidenten fordert die Stärkung des Russischunterrichts an Schulen, bessere Russischkenntnisse bei den Studienanfängern sowie Russischtests für ausländische Arbeitnehmer.

Das neue Mediengesetz vom Oktober 2014 reduziert den Anteil ausländischer Teilhabe an russischen Medien auf 20 Prozent (ab 2016), was deutsche Verlage wie Springer oder Burda hart trifft. Aber auch die russischen Medien werden in ihrer Freizügigkeit stärker begrenzt, wie etwa Radio Echo Moskwy, der TV-Sender Doschd oder die Printmedien Nowaja Gaseta und Kommersant, die bisher relativ kritisch berichten konnten. Bereits 2013 wurde RIA Nowosti aufgelöst und durch den kremlnahen Sender Rossija Sewodnja, im Ausland Russia Today, ersetzt. Auch der Kampf gegen Regierungskritiker geht weiter. Der bekannte Bürgerrechtler Alexander Nawalnyj und sein Bruder wurden erneut wegen vermeintlicher Wirtschaftsvergehen verurteilt.



In den Konflikten um Krim und Donbass hat Russland deutlich gemacht, dass es nicht länger zu einem Dialog über Partnerschaft mit dem Westen bereit ist, vor allem nicht mit der EU, wenn vermeintliche Interessensgebiete und Einflusszonen tangiert werden.

Preisträger der Geschichtsolympiade werden geehrt: Zur Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren organisierte der DAAD einen Wettbewerb an russischen Hochschulen.



Rubelverfall und Sanktionen schwächen Wirtschaft

Die russische Wirtschaft wurde 2014 durch die Auswirkungen der Sanktionen, die in Reaktion auf die Annexion der Krim gegen Russland verhängt wurden, spürbar getroffen. Die OECD hat die Beitrittsverhandlungen mit Russland ausgesetzt, der Gipfel der wichtigsten Industrienationen fand ohne Russland statt, das angesetzte EU-Partnerschaftsabkommen mit Russland wurde angehalten.

Mit dem Ziel, einen Keil zwischen die russischen Eliten und die Staatsführung zu treiben, wurden Reiseverbote für ranghohe Staatsbedienstete, Politiker und Wirtschaftsvertreter ausgesprochen und Auslandskonten von Einzelpersonen und Unternehmen eingefroren. Während die USA bereits erste Wirtschaftssanktionen vornahm, hatten die EU und vor allem Deutschland gezögert. Deutschland ist mit über 6.000 Unternehmen in Russland vertreten, die Handelsbilanz (2013) betrug 76,5 Mrd. Euro, knapp 4 Prozent des gesamten Außenhandels. Sofort ausgesetzt wurde die Ausfuhr technologischer Produkte, die neben ihrer zivilen auch eine militärische Nutzung erlauben. Die Refinanzierung russischer Banken ist bereits erschwert worden, sodass sie Schwierigkeiten bei der Aufnahme internationaler Kredite haben. Die Gazprom-Bank und die VTB-Bank, beide staatlich kontrolliert, ebenso wie der Erdölkonzern Rosneft und der

DAAD: Neue Leuchtkraft

Im Gegensatz zu den sich verschlechternden politischen und wirtschaftlichen deutsch-russischen Beziehungen haben die kulturellen, wissenschaftlichen und vor allem die Hochschulbeziehungen zwischen beiden Ländern ihre frühere Qualität nicht nur bewahren können, sondern konnten sogar noch gerade vor dem sich verdunkelnden Hintergrund an Leuchtkraft gewinnen.

Mit nahezu 2.000 Stipendienanträgen haben auch 2014 russische Wissenschaftler, Graduierte und Studierende ihr Interesse an Deutschland dokumentiert. Die Bitten um Unterstützung bei der Gewinnung deutscher Hochschulpartner haben spürbar zugenommen. Dass der DAAD seine Arbeit mit Russland trotz der Änderungen in der Politik zuverlässig fortsetzen wird, hat manchen besorgten Nachfrager beruhigt. Höhepunkte des Jahres 2014 waren die Eröffnung der Deutsch-Russischen Universität (German-Russian Institute of Advanced Technologies) in Kasan (Partner: Nationale Forschungsuniversität Kasan/TU und die Universitäten Ilmenau und Magdeburg), die ein erfreulich lebhaftes mediales Echo fand; weiterhin die Einrichtung eines Internationalen Graduiertenkollegs der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am vom DAAD unterstützten Germanistikzentrum der RGGU Moskau (Partner: Universität Freiburg). Diverse Spracholympiaden, ein literaturwissenschaftliches

Symposium (Kaliningrad) und eine Konferenz deutscher und russischer Leiter Germanistischer Institutspartnerschaften (Moskau) waren DAAD-Maßnahmen im Jahr der deutschen Sprache und Literatur in Russland. In Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren hatte die Deutsche Botschaft Moskau die Durchführung einer Geschichtsolympiade zu diesem Thema angeregt, die der DAAD in Kooperation mit dem DHI Moskau für Geschichtsstudierende an russischen Hochschulen federführend organisierte. Über 100 Studierende aus 21 Hochschulen beteiligten sich.

Der Bedarf an kohärenter Information über die Änderungen im russischen Hochschulsystem ist bei den deutschen Hochschulen gewachsen. Die Außenstelle Moskau stellte ihre Regionalkompetenz auf Einladung von BAYHOST bei einer Vortragsreise an vier bayerischen Universitäten und Hochschulen sowie bei einer Teilnahme an einem Kompetenzseminar in Augsburg zur Verfügung und informierte über die bisher weitgehend unbekanntenen Änderungen im Hochschulwesen der Russischen Föderation, die Auswirkungen auf die bilateralen Kontakte haben werden.

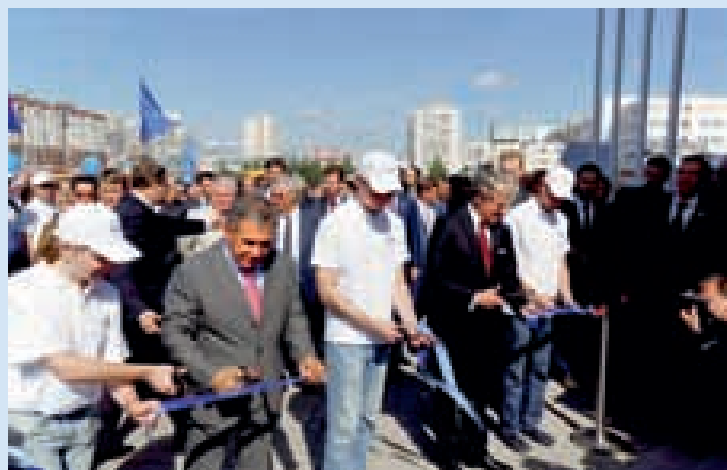
Auch auf fachwissenschaftlichen Konferenzen wird die Regionalkompetenz der Außenstelle nachgefragt. Zum Beispiel informierte die Außenstelle Moskau im Rahmen der Tagung des Koch-Metschnikow-Forums in Moskau und des 4. Walter-Scheel-Forums in Freiburg darüber,

dass medizinische Forschungsgebiete aus der Akademie der Wissenschaften an Hochschulen verlagert werden. Damit eröffnen sich für die deutschen Hochschulen neue Kooperationsmöglichkeiten.

Die Marketingaktivitäten der Außenstelle Moskau wurden im Jahr 2014 mit der Teilnahme an 16 Messen in Moskau und außerhalb fortgesetzt. Ein Absinken des Interesses an einem Studienaufenthalt in Deutschland trotz widriger politischer Großwetterlage nicht verzeichnen.

Die Kontakte zur deutschen Wirtschaft sind durch das Programm „Russland in der Praxis“, das inzwischen in die dritte Runde gegangen ist, auf eine stabile Grundlage gestellt worden. Mit diesem Programm besitzen der DAAD und seine Partnerhochschule, die Higher School of Economics (HSE) in Moskau, ein Alleinstellungsmerkmal, denn kein weiteres Land und keine weitere Organisation bieten in Russland ein vergleichbar systematisch strukturiertes Programm an.

Die Kontaktpflege der Außenstelle ist breit ausgerichtet. Neben der klassischen Pflege der Kontakte mit den Ehemaligen im Rahmen von drei – kleinen – Kontaktveranstaltungen hat die Außenstelle Moskau ein Abschlusssseminar für zurückgekehrte Stipendiaten der Matching-Fund-Programme „Lomonossow“ und „Kant“ durchgeführt, auf dem sie die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten präsentierten.



Bei einem Treffen mit den russischen Germanisten in Pjatigorsk wurde die aktuelle Entwicklung der russischen Germanistik diskutiert, insbesondere die Auswirkungen der neuen Studienstrukturen (Bachelor/Master) und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Umfang und Qualität des Deutschunterrichts, für Voraussetzungen zum Studium und berufliche Perspektiven.

Das Band wird durchschnitten: Eröffnung der Deutsch-Russischen Universität (German-Russian Institute of Advanced Technologies) in Kasan (oben)

DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ begrüßt die Gäste bei der Eröffnungsfeier (unten).

**Vorauswahl der russischen
Stipendientenbewerber in der
DAAD-Außenstelle**



**Deutsch-russisches
Stipendiententreffen:
Die DAAD-Geförderten der
Forschungsprogramme
Immanuel Kant und Michail
Lomonosov kommen in der
Deutschen Botschaft in
Moskau zusammen.**



Erdgasproduzent Nowatek haben die Regierung bereits um Unterstützung gebeten. Russlands Antwort auf die Sanktionen war das Embargo für EU-Agrarprodukte.

Begleitet wurden die Sanktionen vom Verfall des Öl- und Gaspreises. Beide hatten jahrelang das Rückgrat der russischen Staatseinnahmen gebildet; denn die Einnahmen aus der Industrieproduktion trugen wegen zu geringer Investitionen nur zu einem Viertel bis zu einem Drittel zum Staatshaushalt bei.

Da Auslandsgeschäfte in Devisen (US-Dollar oder Euro) abgewickelt werden, eine Refinanzierung der Banken für notwendige Kredite der Unternehmen aber erschwert ist, hat die Zentrale Notenbank mit Devisen ausgeholfen. Der Rubelverfall und die Inflation, die mit Stützungskäufen der Zentralbank bis zum 10. November bekämpft wurde, hat die Devisenreserven Russlands um 20 Prozent von circa 460 Mrd. auf 374 Mrd. Euro schrumpfen lassen.

Das Wirtschaftswachstum wird 2014 auf maximal 0,3 Prozent geschätzt. Erst ab 2016/2017, nach Beendigung der Sanktionen, dürfte es wieder bei 1,6 Prozent liegen. Eine Erhöhung des Ölpreises mit kompensatorischer Wirkung wird nicht erwartet, Investitionen und Gewinne ausländischer Unternehmen sind wegen des schwachen Rubels rückläufig, die Inflation schwächt die Inlandsnachfrage ab.

In seiner Regierungserklärung vom 4. Dezember 2014 und in der Jahrespressekonferenz am 18. Dezember verkündete Präsident Putin Kampfgeist und wertete die Sanktionen eher als Ansporn zu eigenen Wirtschaftsinitiativen. Deutlich wurde aber, dass die Nation auf entbehrungsreiche Jahre eingestimmt wird. Auslandsreisen von Regierungs- und Staatsbediensteten – nicht aber von Hochschullehrern! – wurden untersagt, staatliche russische Großkonzerne aufgefordert, ihre gehorteten Devisenbestände zu verkaufen.

Der Export der deutschen Wirtschaft nach Russland ist 2014 um 26,3 Prozent gesunken, betroffen sind vor allem die Automobilhersteller. VW montiert in Kaluga nur noch die bereits geordneten Modelle, BMW in Kaliningrad sucht einen neuen Standort, Opel und General Motors haben ihren Verkauf eingestellt.

Überraschend selbstkritisch hat sich der russische Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew geäußert. Nicht die Verschwörungen von EU, USA und NATO, sondern die eigenen untätigen, initiativlosen Behörden und Unternehmen hätten einen großen Anteil am Wirtschaftsrückgang, zum Teil habe Russland die Probleme selbst zu verantworten.

Neue strategische Partner im Gasgeschäft

In der Politik ist Russland auf Distanz zur EU und zum Westen gegangen. Die strategische Partnerschaft mit Deutschland scheint beendet und nationalorientierte Ideen bestimmen zunehmend die Politik. Die zweite große Wende hat Russland Mitte Dezember 2014 mit der Aufkündigung des lange vorbereiteten Gasleitungsprojektes „South Stream“ vollzogen. Russland sieht Europa nicht mehr als den strategischen Kunden und Abnehmer seiner Gasproduktion. Nach Fertigstellung von „North Stream“, der Gasleitung durch die Ostsee in 2013, sollte mit „South Stream“ eine zweite, noch mächtigere Gasleitung von Südrussland aus durch das Schwarze Meer, Bulgarien und über den Balkan bis zur Adria zur Versorgung Süd- und Westeuropas gebaut werden, um die Ukraine als Durchgangsland zu umgehen. Auch die von der EU parallel geplante Gasleitung „Nabucco“ zum Transport aserbaidjanischen Gases sollte nicht gebaut werden. Dafür hatte sich Gazprom bereit erklärt, die Bauvorhaben für „South Stream“ (24–45 Mrd. Euro) zu übernehmen. Gazprom wäre somit sowohl Gasproduzent als auch Gasleitungsbetreiber geworden, was nach EU-Richtlinien nicht statthaft ist. Der deutsche Partner war die BASF-Tochtergesellschaft Wintershall.

Die Rechtsstreitigkeiten mit der EU, die hohen Baukosten, die nicht geringen bautechnischen Probleme eines Pipelinebaus durch das Schwarze Meer, die fehlenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Aufnahme hoher Kredite, vor allem aber das gegenwärtige Überangebot an Gas (Schiefergas!) und der unvorhergesehene starke Rückgang des Gaspreises haben Gazprom und Russland zum Abbruch des Projektes veranlasst. Gleichzeitig richtet das Land sein Gasgeschäft strategisch neu aus: Neue Partner sind China und die Türkei. Bereits im Mai 2014 wurde ein Gasliefervertrag zwischen Russland und China unterzeichnet.

Bis 2018 will Russland 4.000 Kilometer Gasleitung nach Nordost- und Nordwestchina bauen, um 38 Mrd. Kubikmeter und später bis zu 58 Mrd. Kubikmeter zu liefern. Die Kosten für Exploration, Pipelinebau und Transport werden auf 55 Mrd. US-Dollar geschätzt, wovon China 25 Mrd. US-Dollar übernimmt. Trotz der gewaltigen Fördermengen dürfte das Geschäft für Russland nur geringen Gewinn bringen, denn statt 335 Euro (360 US-Dollar) pro 1.000 Kubikmeter will China nur 272 Euro (300 US-Dollar) zahlen, der Konkurrent Turkmenistan erhält sogar nur 226 Euro (250 US-Dollar). „South Stream“ soll nun nur bis in die Türkei gebaut werden, wo sich, so Gazprom-Chef Alexej Miller, dann die EU ihr Gas auf eigene Kosten abholen könne.

Bildung und Wissenschaft

Ein „Dauerbrenner“ der russischen Bildungspolitik ist das EGE, die einheitliche Staatsprüfung als Voraussetzung zur Aufnahme in die Hochschule, die inzwischen mit hohem technischem und administrativem Aufwand zur Vermeidung von Korruption und Fälschungen betrieben wird. Erstmals wurden 2014 verschiedene Prüfungsaufgaben je Zeitzone gestellt. Eine Analyse des Zusammenhangs von Resultaten des EGE, Studienwunsch und Studienort hat ergeben, dass sich die Studierenden mit den höchsten Punktzahlen auf zehn Universitäten in Moskau und St. Petersburg verteilen und dass Internationale Beziehungen, Kulturwissenschaften, Medizin, Jura und Wirtschaft sowie IT und Informatik zu den beliebtesten Studienfächern zählen. Sehr zum Leidwesen der Regierung werden die klassischen Ingenieurfächer eher von Studienanfängern mit mittleren Leistungen nachgefragt. Land- und Forstwirtschaft, Meerestechnik oder Pädagogik rangieren am Ende der Leistungsskala. >

Wer es sich aussuchen kann, studiert in Moskau oder St. Petersburg, beliebteste Studienfächer sind Internationale Beziehungen, Kulturwissenschaften, Medizin, Jura, Wirtschaft, IT und Informatik.

Leistungsprinzip und Internationalisierung

Die strategischen Wenden in Politik und Energiewirtschaft in den Ost-West-Beziehungen offenbaren eine deutliche Distanzierung zu Europa und einen Ausstieg aus einem lange gemeinsam gepflegten Diskurs. Im klaren Gegensatz dazu steht der Wille zur Erneuerung des Hochschul- und Wissenschaftssystems und zur Annäherung an den internationalen Standard der Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

Es ist eine noch intensivere Bemühung zu erkennen, die gewachsenen Kontakte gerade auch mit Deutschland nicht zu verlieren.

Soweit für Außenstehende erkennbar, steuert nur eine sehr kleine Gruppe von Experten zielstrebig, beharrlich und offensichtlich eisern entschlossen einen Umbauprozess in Hochschule und Wissenschaft, für den es in diesem Ausmaß keine Blaupause gibt. Ex-Bildungsminister und jetziger Berater des Präsidenten Andrej Fursenko, Bildungs- und Wissenschaftsminister Dmitrij Liwanow, der Chef der Obersten Attestatskommission (VAK) und Rektor der RUDN (Völkerfreundschaftsuniversität) Wladimir Filippow sowie die Rektoren großer Führender Universitäten in Moskau und St. Petersburg dürften die Steuerungsgruppe bilden.

Oberstes Ziel ist die rigorose Durchsetzung des Leistungs- und Wettbewerbsprinzips. Das russische Hochschul- und Wissenschaftssystem wird kontinuierlich aus dem System staatlicher, institutionalisierter Zuwendung herausgeführt. Es muss sich bei der Finanzierung auf einen Wettbewerb um staatliche oder private Mittel umstellen. Die Senkung der Zahl der Hochschulen und Hochschullehrer hält an: Gab es 2003 noch 1,4 Millionen Abiturienten, so waren es 2014 aufgrund des Geburtenrückgangs nur noch 0,611 Millionen. 2008 betrug die Zahl der Studierenden 7,5 Millionen – zurzeit sind

es nur noch 5,7 Millionen. In Kürze, und das dann für einen längeren Zeitraum (bis etwa 2025), werden es nur noch 4,0 Millionen sein. Der Kampf um die Studierenden ist in vollem Gange, und durch konstante Leistungskontrollen will das Bildungsministerium verhindern, dass schwache Hochschulen nur noch mithilfe leistungsschwacher Studierender überleben können. Zur Belebung des Wettbewerbs und zur Entwicklung von Kriterien zur Qualitätskontrolle wurden mehrere Instrumente erarbeitet.

Die Hochschulen werden auf die Bedeutung der internationalen Rankinglisten verwiesen. Lediglich die Universität Moskau ist derzeit dort zu finden, als einzige russische Einrichtung auf den ersten 200 Plätzen. Im Ranking der BRIC-Universitäten schneiden die russischen Universitäten 2014 besser ab, vor allem sind die Führenden Universitäten vertreten. Zur Besserung ihres Profils bauen Technische Universitäten zunehmend praktische Elemente in das Curriculum ein. Promotionen werden gemeinsam mit Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschule – wie etwa mit einem Institut der Akademie der Wissenschaft, oder dem Kurtchatow-Institut als nationale Forschungseinrichtung – verfasst.

Bereits 2013 ermittelte das Bildungsministerium 15 Hochschulen, die im Rahmen des Projektes „5 – Top 100/20“ eine Sonderfinanzierung (2014: 54 Mrd. Rubel = ca. 700 Mio. Euro) erhielten. Mindestens fünf sollen bis 2020 unter die ersten 100 Plätze der internationalen Rankinglisten aufsteigen.

Insbesondere bei der Gruppe der Führenden Universitäten, die seit August 2014 um eine zehnte Föderale Universität (Simferopol für die Krim) erweitert wurde, finanziert das Bildungsministerium Maßnahmen zur Internationalisierung und fördert ausländische Wissenschaftler, Dozenten oder Administratoren. Weiterhin hat das Ministerium Forderungen der Gruppe

Das russische Hochschul- und Wissenschaftssystem wird kontinuierlich aus dem System staatlicher, institutionalisierter Zuwendung herausgeführt. Der Wettbewerb um staatliche oder private Mittel wird sich verschärfen.



„5 – Top 100/20“ erfüllt und diesen Universitäten (Eigenbezeichnung: „Globalnye universitety“) das Recht zugestanden, in eigener Verantwortung ausländische Abschlüsse anzuerkennen, damit internationale Studierende angeworben werden können. Wortführer war der Rektor der Staatlichen Universität St. Petersburg, Nikolaj Kropatschew. Alle anderen russischen Hochschulen können ausländische Abschlüsse nur im Rahmen bilateraler Vereinbarungen anerkennen.

Zur weiteren Internationalisierung soll das Ende 2013 von Putin unterzeichnete Programm „Global Education“ beitragen. Bis zu 1.500 Studierende und Promovierende können auf Staatskosten an einer ausländischen Universität einen Masterabschluss oder eine Promotion ablegen. Einzige Voraussetzung für den Bewerber ist, dass die Universität, die sich unter den ersten 300 Plätzen in internationalen Rankings befinden muss, die Studienzulassung garantiert.

Eine individuelle Auswahl nach Qualitäts Gesichtspunkten durch die russische Seite findet nicht statt. Das Programm ist mit 65 Mio. Euro (4,4 Mrd. Rubel) dotiert, die Stipendiaten müssen nach Abschluss des Studiums drei Jahre in einem russischen Unternehmen, bevorzugt außerhalb von Ballungszentren, arbeiten. Allerdings steht dieses Programm unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise und des damit verbundenen Wechselkursverlustes.

Die Qualitätskontrolle der russischen Hochschulen manifestiert sich in den jährlichen Effizienzüberprüfungen. 2014 wurden 382 Hochschulen in eine „Risiko-Gruppe“ eingeordnet und mit Auflagen versehen, aber nur sieben kleinere regionale Hochschulen und 57 Filialen geschlossen. Rektoren fürchten vor allem das jüngst eingeführte neue Kriterium „Arbeitsmarktfähigkeit“ ihrer Absolventen. >

Für die Schönen und Reichen: Das GUM bietet als größtes Kaufhaus Russlands hochexklusive Designermode und Schmuck.



Lebhafte Konferenz: Russische Germanisten diskutieren in Pjatigorsk die Auswirkungen der neuen Studienstrukturen (Bachelor/Master) auf Umfang und Qualität des Deutschunterrichts.

Bildungsminister Dmitrij Liwanow fordert die Hochschulen auf, erarbeitete neue Bildungsstandards umzusetzen. Sie dienen der langfristigen Qualitätssicherung.

Auf der Rektorenkonferenz im Juli 2014 formulierte Bildungsminister Dmitrij Liwanow seine Vorstellungen zur langfristigen Absicherung der Qualität russischer Hochschulen. Weil diese im Ausland zu wenig bekannt, ihre Strukturen archaisch und ineffizient seien und 1,7 Millionen Studierende in untauglichen Programmen studierten, erwartet er die Durchsetzung der inzwischen erarbeiteten neuen Bildungsstandards, mehr Initiativen seitens der Hochschulen, mehr Flexibilität und Selbstständigkeit bei der Lehrplangestaltung. Die regionalen Anforderungen und Bedürfnisse seien zu berücksichtigen. Sollten bis 2017 die neuen Bildungsstandards an den Hochschulen nicht mindestens bis zur Hälfte erfüllt sein, würde den Hochschulen die Akkreditierung für die schwachen Fachrichtungen entzogen oder sogar die Lizenzierung.

Für die Gruppe der Führenden Universitäten plant Liwanow, dass ihre Hochschulräte die künftigen Rektoren aus dem Bereich Wirtschaft, Management oder Spitzenverwaltung wählen sollen. Das Ministerium werde sich nicht mehr einmischen.

Die Maßnahmen zur Sicherung der Qualität im russischen Bildungswesen sind weitreichend: Sie umfassen den Eintritt (EGE) in die Hochschule, die Verbesserung der Lehrerausbildung für die Schule, Durchsetzung von Bildungsstandards, Etablierung eines Wettbewerbsprinzips, Internationalisierung und Umsetzung einer administrativ-wirtschaftlich effizienten Infrastruktur sowie eine neue Besetzung der Hochschulleitung durch Hochschulräte und Verwaltungsexperten als Rektoren. Für Letztere gibt es bereits überzeugende Beispiele, etwa die Rektoren der Universitäten Kasan, Belgorod oder Jekaterinburg.

Mit der Überprüfung der Frage der wissenschaftlichen Qualifikation haben sich das Bildungsministerium und die VAK unter Leitung des RUDN-Rektors Wladimir Filippow befasst. Nach dem Aufdecken und Bekanntwerden zahlreicher Skandale wegen Plagiaten, Korruption und „akademischer Vetternwirtschaft“, die durch eine Gruppe von Wissenschaftlern („Dissernet“) systematisch publik gemacht wurden, standen alle 2.522 Dissertationsräte der Hochschulen und Akademieinstitute Russlands auf dem Prüfstand. Ende 2014 verkündete Filippow, dass 814 Dissertationsräte entweder wegen unzureichender Qualität aufgelöst oder aus Synergiegründen mit anderen zusammengelegt würden. Künftig wird es nur noch 1.708 Räte geben. Allein 40 Mitglieder der VAK-Expertenkommission sind entlassen worden. Durch diese scharfe Säuberung konnte aber das Prinzip der Dissertationsräte und vor allem die Existenz der VAK „gerettet“ werden. Denn wiederum unter Wortführung des Petersburger Rektors Kropatschew wird zumindest für 20 bis 30 Führende Universitäten die Aufhebung der traditionellen Dissertationsräte diskutiert, an deren Stelle das PhD-Prinzip nach weltweitem Standard treten soll. Nur so sei die persönliche Verantwortung garantiert, die ein Dissertationsrat als Gruppe nicht haben könne.

Mit Inkrafttreten des neuen Wissenschaftsgesetzes zum 1. Oktober 2014 ist die Akademie der Wissenschaften als Einheit, wie sie seit 1724 bestanden hat, von Präsidium und Forschungsinstituten aufgehoben worden. Bereits 2013 waren die Akademie der (Natur-)Wissenschaften, der Medizinischen Wissenschaften und der Agrarwissenschaften in eine Vereinigte Akademie zusammengefasst worden (Präsident: Wladimir Fortow). Der Föderalen Agentur für Wissenschaftseinrichtungen (FANO) wurden 450 Institute mit circa 10.000 wissenschaftlichen Mitarbeitern und 42 großen Forschungslinien unterstellt. Einzelne Institute sind inzwischen ausgegliedert und den Ministerien für

Gesundheit oder Landwirtschaft unterstellt worden. Der Gesamtprozess des Umbaus ist noch nicht abgeschlossen. Folgende Perspektiven hat Präsidentenberater und Ex-Bildungsminister Andrej Fursenko aber bereits aufgezeigt:

Die Forschungsinhalte und die wissenschaftliche Entwicklung müssen sich an den für den Staat prioritären Fachrichtungen orientieren. Forschung und Wissenschaft sollen helfen, den Lebensstandard zu heben.

Für 2014/2015 wurden folgende Programmlinien bereits identifiziert:

- Informatik und Programmabsicherung von Rechnerkomplexen
- Industrielle Biotechnologie und Qualitätssicherung im Ernährungswesen
- Molekulargenetik und Zellbiologie
- Pflanzenproduktion und genetische Pflanzenressourcen

Institute mit ähnlichen Ausrichtungen oder mit sich interdisziplinär ergänzenden Profilen werden zusammengelegt. Dabei können Stellen von Institutsleitern eingespart werden. Im Gespräch ist die Entlassung von 170 Institutsleitern im Pensionsalter.

Voraussichtlich wird es künftig vier Institutskategorien geben:

- Föderale Forschungszentren mit strategischer Ausrichtung (FIZ)
- Föderale Wissenschaftszentren mit innovativen, industrierelevanten Technologieplattformen (FNZ)
- Nationale Forschungsinstitute mit Grundlagenforschung; zurzeit ist das Kurtschatow-Institut für Nuklearphysik, Life Sciences, Nanowissenschaften und Kognitiven Wissenschaften das einzige (NII)
- Regionale Wissenschaftszentren mit angewandtem, regional ausgerichtetem Profil (RNZ)

Tabelle 24 : Bildungsmarktdaten Russische Föderation 2014

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut (2013)	142,8 Mio.
Bevölkerungsdichte (2013, Einwohner/km ²)	9
Bevölkerungswachstum pro Jahr (2013, in %)	0,2
Urbanisierungsgrad (2010–2014, in %)	74
Ökonomische Daten	
BIP (2013, in US-Dollar)	2.097 Mrd.
BIP pro Kopf in KKP (2013, in US-Dollar)	24.114
Anteil am globalen BIP (2013, in %)	2,95
Wirtschaftswachstum (2013, in %)	1,3
Inflation (2013, in %)	6,8
Knowledge Economy Index (KEI) (2012)	Rang 55
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben pro Jahr (2008, in % des BIP)	4,1
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (in US-Dollar)	k.A.
Anzahl der Hochschulen gesamt	1.046
Hochschultypen mit Anzahl der Hochschulen	
Institute	85
Universitäten	370
Akademien	140
Anzahl der wissenschaftlicher Mitarbeiter und des Lehrpersonals an den Hochschulen	k.A.
Immatrikulationsquote (2012, in %)	76
Eingeschriebene Studierende	k.A.
Frauenanteil an Studierenden absolut (2012)	4.388.457
Studienabschlüsse (2012)	1.970.883
Anteil ausländischer Studierender (2011, in %)	2,2
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Belarus	
2. Kasachstan	
3. Ukraine	
4. Usbekistan	
5. China	
Im Ausland Studierende (2012, Anzahl gesamt)	51.171
Im Ausland Studierende (2012, Anteil an Studierenden gesamt in %)	1,6
Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Deutschland	
2. USA	
3. Frankreich	
4. Großbritannien	
5. Ukraine	

Quellen: International Monetary Fund
 | UNESCO Institute for Statistics
 | Wissenschaft weltoffen | World Bank

Die Finanzierung für Personal und Infrastruktur wird wohl auch künftig staatlich gewährleistet. Die Institute müssen aber ab 2015 höhere Gehälter zahlen, die nur durch Personaleinsparung zu erwirtschaften sind. Hier regt sich substanzieller Protest, da die jahrelange Unterfinanzierung insgesamt zu wenig Finanzsubstanz im Wissenschaftsbereich bereitgestellt hat.

Forschungsgelder sind nur noch im Antrags- und Wettbewerbsverfahren bei dem 2013 gegründeten Russischen Wissenschaftsfonds

(RNF), bei der Russischen Stiftung für Grundlagenforschung (RFFI) oder der Russischen Stiftung für die Geistes- und Sozialwissenschaften (RGNF) zu bekommen. Die Forschungsfinanzierung über sogenannte Föderale Forschungsprogramme ist beendet. Für 2014 standen RNF circa 18 Mrd. Rubel (ca. 234 Mio. Euro) zur Verfügung, von knapp 12.000 Anträgen konnten hier 800 gefördert werden.

Für viele Institute stellen sich ab 2015 folgende Fragen: Bestimmen Administratoren über Forschungsthemen der Zukunft? Wer hat die institutionelle, personelle und finanzielle Oberhoheit über das Institut? Wie ist der juristische Status der Institute nach einer Zusammenlegung? Was wird aus den langfristig eingegangenen Forschungs Kooperationen mit ausländischen Partnern?

Darüber hinaus hat sich eine Diskussion um Zusammenlegung peripherer Akademie-Institute wie beispielsweise in Archangelsk oder Wladiwostok mit den dortigen Föderalen Universitäten entwickelt. Zu beobachten ist weiterhin der Aufbau neuer, wissenschaftlich ausgerichteter Fakultäten für Grundlagenmedizin in Moskau, St. Petersburg sowie an den Föderalen Universitäten Kaliningrad, Kasan und Krasnojarsk, die Aufgaben der Institute der Akademie der medizinischen Wissenschaften wahrnehmen. <<

	Russische Föderation	
	D	A
I. Individualförderung – gesamt	414	1.136
1. nach Status		
grundständig Studierende	285	456
Studierende mit ersten Abschluss (Graduierte)	33	506
davon Doktoranden	14	235
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	96	174
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	231	281
1–6 Monate	64	394
> 6 Monate (Langzeitförderung)	119	461
II. Projektförderung – gesamt	1.331	2.650
1. nach Status		
grundständig Studierende	671	1.023
Studierende mit ersten Abschluss (Graduierte)	236	762
davon Doktoranden	62	162
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	424	865
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	829	1.699
1–6 Monate	487	646
> 6 Monate (Langzeitförderung)	15	305
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	1.745	3.786
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt	5.531	

Tabelle 25 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2014 nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen Russische Föderation